

MIT RASSISMUS, ANGST UND STIMMUNGSMACHE WIEDER IN DAS PARLAMENT? DIE MÜNCHNER AfD IM LANDTAGSWAHLKAMPF 2023

Die selbsternannte „Alternative für Deutschland“ ist die größte extrem rechte Partei in Deutschland. Sie ist in vierzehn Landesparlamenten vertreten und möchte am 8. Oktober wieder in den bayerischen Landtag und die Bezirkstage einziehen. Dort hat die AfD in den vergangenen fünf Jahren Politik gegen alle Menschen gemacht, die für sie nicht gleichberechtigter Teil des ‚deutschen Volkes‘ sind, gegen Coronamaßnahmen agitiert und das demokratische Parlament als Bühne für ihre rechten Inszenierungen genutzt. Auch in München führt die Partei aktuell ihren Wahlkampf und macht dabei Stimmung gegen



AfD-Wahlkampf in München: Mit Informationsständen versuchen Kandidat*innen wie Christian Unzner (Vordergrund), ihre extrem rechten Positionen in die Bevölkerung zu tragen. Bild: firm



AfD-Kandidat Thomas Baack mit dem Landesvorsitzenden der bayerischen AfD, Stephan Protschka, auf einer Kundgebung der Partei gegen die Infektionsschutzmaßnahmen im März 2022. Bild: firm

Migrant*innen, Geflüchtete und Muslim*innen, schürt Ängste und steht anderen verschwörungsideologischen und extrem rechten Akteur*innen nahe. Angeführt wird der AfD-Wahlkampf in Bayern von Katrin Ebner-Steiner und Martin Böhm, zwei Landtagsabgeordneten, welche die radikale Ausrichtung der Partei nach außen offen zeigen und ihre guten Beziehungen zum Thüringischen Landesvorsitzenden der Partei, Björn Höcke, öffentlich präsentieren. Ihre innerparteilichen Gegner*innen haben Flügel-Anhänger*innen wie Ebner-Steiner und Böhm kaltgestellt, Widerspruch gegen eine offen extrem rechte Strategie gibt es innerhalb der bayerischen AfD im Jahr 2023 nur noch am Rande.

Politik mit Ausgrenzung und Angst

Das Landtagswahlprogramm der AfD und die Äußerungen ihrer Funktionär*innen zeigen, welches rassistische, verschwörungsideologische und demokratiefeindliche Denken in der Partei dominiert und was passieren würde, wenn sie politische Macht erhielte. Das Programm baut auf extrem rechten Annahmen und Erzählungen auf. Da ist zum Beispiel die Lügengeschichte, in Deutschland gebe es besondere Rechte für Migrant*innen, während der

Rechtsstaat Deutsche ohne Migrationshintergrund schlechter behandle. Aufgeregt warnt die Partei daher: „Eine Paralleljustiz, etwa durch Scharia-Gerichte, oder „Kulturrabatte“ bei Verurteilungen von Straftätern aus anderen Kulturräumen darf es niemals geben.“ Mit der Realität hat das wenig zu tun, schließt aber an die rassistische Stimmungsmache der extremen Rechten an, die in Teilen der Gesellschaft auf fruchtbaren Boden fällt.

Die AfD macht in ihrem Programm den Bürger*innen vor allen Dingen Angst, unter anderem vor einer „unsichere(n) Stromversorgung“, „kulturfremder Masseneinwanderung“, der „Bedrohung von Kunstschatzen in bayerischen Museen durch militante Extremisten und internationale Diebesbanden“, „No-Go-Areas“, „öffentlich-rechtlicher Propaganda“, „Straßenblockaden von Gruppierungen wie der ‚Letzten Generation‘“, „Gender-Propaganda“, einer „einseitige(n) Politisierung der Kunst“ in einer „geistig und kulturell erschütterte(n) Nation“ oder der „Entmündigung von Landwirten und Verbrauchern durch immer mehr Verordnungen“.

»Die AfD macht in ihrem Programm den Bürger*innen vor allen Dingen Angst.«

Die Schreckensszenarien richten sich gegen bekannte Feindbilder der extremen Rechten: Migrant*innen, Geflüchtete, Muslim*innen, LGBTQI-Personen, Journalist*innen und politische Gegner*innen. Außerdem behauptet die AfD von sich, als einzige Partei für ‚die Freiheit‘ einzutreten, alle Anderen handeln angeblich „ideologisch“ – eine durchschaubare Strategie, um sich selbst aufzuwerten und zu verharmlosen.



Die AfD entmenschlicht Migrant*innen und Geflüchtete als „Asyl-Flut“. Bild: firm



Seite an Seite mit extrem rechten Verschwörungsideolog*innen und Aktivisten: AfD-Funktionär*innen auf der Bühne einer Veranstaltung von AfD und dem „Compact-Magazin“. Bild: firm

Gegen Geflüchtete, Migrant*innen und Muslim*innen

Die AfD malt tagtäglich drastische Schreckensszenarien mit Blick auf die öffentliche Sicherheit. Sieht man sich die Veröffentlichungen der Partei an, entsteht der Eindruck, dass in Deutschland Gewaltverbrechen alltäglich sind. Diese werden laut AfD vor allem von Migrant*innen und Geflüchteten verübt. Damit werden diese angeblichen Missstände zu einem angeblichen Argument für ein hartes Vorgehen gegen diese angeblichen Schuldigen: Geflüchtete sollen am besten gleich an den EU-Außengrenzen mit einer „Festung Europa“ abgewehrt werden. Dass jährlich tausende Schutzsuchende bei dem Versuch nach Europa zu kommen getötet werden, nimmt sie in Kauf und behauptet fernab der Realität, dass die deutschen Grenzen „offen“ seien. Der AfD-Landtagskandidat Thomas Baack berechnete im Juli 2018 in einem Onlinekommentar die Quote von Geflüchteten, die im Mittelmeer ertrinken und bemerkte zynisch: „Bei einer Rate von gut 3.000 beträgt das Risiko also unter 3%. Das liegt sicherlich unterhalb der Rate, die durch das Bad Government in den Herkunftsländern verursacht wird.“ Im gleichen Jahr warnte sein Parteifreund Ulrich Henkel vor Geflüchteten als „Kulturbereicherer, die in Millionen über unsere Länder herfallen“, 2020 verteidigte er rassistische Polizeikontrollen („Racial Profiling“) als „das Ergebnis von langjährigen Erfahrungen“. Sein Parteifreund und Berufsschullehrer Christian Unzner scherzt 2023 auf AfD-Veranstaltungen darü-



Protest gegen einen AfD-Stand in Thalkirchen im Mai 2023. Bild: firm

ber, einen seiner Schüler abschieben zu wollen, AfD-Funktionär Bruno Fuchert klagt über die „Schleppung von Faulen/Schmarotzer Afrikanern“. Sinti und Roma, die nach dem russischen Überfall auf die Ukraine von dort nach München flüchteten, nannte AfD-Stadtrat Markus Walbrunn „angebliche Kriegsflüchtlinge“, klagte über deren „Anspruchshaltung“ und rief nach Grenzkontrollen. Geflüchtete, die es nach Deutschland geschafft haben, möchte die AfD schlechter stellen, also zum Beispiel nur noch mit Sachleistungen versorgen. Außerdem verlangen ihre Vertreter*innen groß angelegte Abschiebungen – einige sprechen im Duktus der extrem rechten „Identitären Bewegung“ von „Remigration“. Für die AfD sind diese Maßnahmen Teil ihres Kampfes gegen das, was sie die „kulturfremde Masseneinwanderung“ und „fortschreitende Islamisierung“ des Landes nennt.

Besonders im Fokus der AfD stehen Muslim*innen: Die Partei behauptet, dass sie die deutsche Gesellschaft unterwandern würden, um das Grundgesetz mit archaischen Regeln zu ersetzen. Dabei schert sie alle Muslim*innen über einen Kamm und rückt sie in die Nähe von Islamist*innen. Wenn es nach der AfD geht, soll die Möglichkeit der Religionsausübung für Muslim*innen in Bayern soweit wie irgendwie möglich eingeschränkt werden: das Tragen von Kopftüchern soll im öffentlichen Dienst, Kitas und Schulen verboten werden, ebenso wie Muezzinrufe zum Gebet. Bei Neubauten von Moscheen soll das



AfD-Stadtrat Markus Walbrunn auf einer Kundgebung an der Münchner Freiheit im September 2023. Bild: firm

Baurecht „streng ausgelegt“ werden, Steuergeldzahlungen an islamische Organisationen möchte die AfD gleich komplett einstellen. Kaum erstaunlich, dass Parteivertreter*innen gegen Muslim*innen hetzen: Thomas Baack wettert online gegen „muslimische Invasoren“, BA-Mitglied und Bezirkstagskandidat Bruno Fuchert wittert eine „steuergeldbezahlte Islamisierung in der EU“ und eine „Islam-Weltherrschaft“. AfD-Kandidat und Landesvorstandsmitglied Benjamin Nolte erklärte im Wahlkampf 2018 in Lappersdorf: „Unsere bayerische Kultur ist nicht mit dem Islam vereinbar“ und setzte ‚den Islam‘ mit Genitalverstümmelung, Burkas und Scharia gleich. Nolte weiter: „Wir werden unsere Heimat und unsere Kultur nicht kampfflos hergeben. (...) Ich will in Bayern keine schwarzgrün-versifft Ökodiktatur und keinen islamischen Gottesstaat Saudi Bavarien mit einem Kalifen Machmut Söder an der Spitze!“

Sozialpolitik der Spaltung

Die sozialpolitischen Vorschläge der AfD sind deutlich geprägt durch rassistisches und neoliberales Gedankengut: Mietendeckel und Mietpreisbremsen lehnt sie etwa als „sozialistisch“ ab, in ihren Forderungen spielt sie die Menschen, die sie für Deutsche hält, gegen Migrant*innen und Geflüchtete aus.

Sie versucht, Neid zu schüren, indem sie zum Beispiel behauptet Senior*innen und Kinder würden nicht versorgt, weil das Geld für die Unterbringung von Geflüchteten ausgegeben werde. Laut AfD werden deutsche Staatsbürger beim Zugang zu Wohnraum benachteiligt durch „Verzerrungen auf dem Wohnungsmarkt infolge staatlicher Eingriffe bei der Asylbewerberunterbringung“.

»Die sozialpolitischen Vorschläge der AfD sind deutlich geprägt durch rassistisches und neoliberales Gedankengut.«

Sie fordert in ihrem Landtagswahlprogramm daher unverhohlen eine staatliche Diskriminierung bei der Wohnraumvergabe: „Bei der Vergabe von Wohnheimplätzen sollten deutsche Studenten gegenüber ausländischen Kommilitonen Vorrang haben.“ In München versucht die AfD, Geflüchtete gegen andere Menschen auszuspielen und verlangt, mit Abschiebungen „mehr Wohnraum“ zu schaffen. Im April 2023 verlangen AfD-Stadtrat Markus Walbrunn und seine Kolleg*innen, allen Geflüchteten auf unbestimmte Zeit den Zuzug nach München zu verbieten. Des Weiteren möchte die AfD eine ganze Reihe an Steuern senken oder ganz abschaffen – wie sie dies finanzieren will, erklärt die Partei dabei nicht. Von ihren Steuerplänen würden vor allem Vermögende und Besserverdienende profitieren, für öffentliche Ausgaben z.B. für soziale Einrichtungen hätte der Staat weniger Geld.

Bildungspolitik der AfD: Aussortieren in der Schule, missliebige Forschung verhindern

Die AfD will eine leistungsorientierte Bildung mit sozialer Auslese: Das vielgliedrige Schulsystem soll erhalten bleiben und am „Leistungsprinzip“ ausgerichtet werden. Der Anteil von Gymnasiast*innen solle „auf ein sinnvolles Maß sinken“, weniger Menschen sollten studieren. Stattdessen möchte die AfD Ausbildungsberufe stärker fördern. Kinder, die nicht so gut Deutsch sprechen, möchte die Partei von anderen trennen. Sie sollen in eigenen Klassen unterrichtet werden, weil sonst Kinder, die gut Deutsch sprechen, keine gute Bildung bekämen. Spitzenkandidat Martin Böhme führte bei der Programmvorstellung als ‚Begründung‘ dafür an: „Weil immer wenn Sie zwei Flüssigkeiten zusammenschütten, dann erhalten Sie irgendwo eine Mischung.“ Die AfD greift in ihrem Programm extrem rechte Falschbehauptungen über „Gender-Missbrauch“ und „Frühsexualisierung“ in Schulen und Kitas auf. Sie möchte besonders Eltern Angst machen mit Geschichten von einer erfundenen „Indoktrination durch

»Die AfD will eine leistungsorientierte Bildung mit sozialer Auslese.«

Die AfD greift in ihrem Programm extrem rechte Falschbehauptungen über „Gender-Missbrauch“ und „Frühsexualisierung“ in Schulen und Kitas auf. Sie möchte besonders Eltern Angst machen mit Geschichten von einer erfundenen „Indoktrination durch



Die AfD-Kandidaten Benjamin Nolte (links) und Rene Dierkes (rechts) auf einer Kundgebung gegen die Infektionsschutzmaßnahmen im November 2021. Bild: firm

Gender-Lobbygruppen". An den bayerischen Hochschulen wünscht sich die AfD „wieder mehr wissenschaftlichen Freigeist“, dazu will aber ihre Wissenschaftsfeindlichkeit nicht passen: Klimaforschung, welche die AfD in ihrem Programm in Führungszeichen setzt, sei „ideologisiert“ und „politisiert“. Gender-Forschung, welche die AfD als „Gender-Ideologie“ bezeichnet, ist für sie „pseudowissenschaftlich“. Deren Lehrstühle möchte sie komplett abschaffen und damit einen ganzen Wissenschaftszweig einstampfen. Die Partei fordert außerdem, die Bildungsreform von Bologna 1999 rückgängig zu machen und Bachelor- und Masterstudiengänge wieder abzuschaffen.

Keine Antwort auf den Klimawandel

Verschwörungserzählungen sind ein wichtiger Teil des AfD-Denkens. Ihr Wahlprogramm und ihre Kandidat*innen wie Jurij Kofner wettern etwa gegen einen angeblichen „Great Reset“ und beziehen sich damit auf eine unwahre Verschwörungserzählung über einen angeblich geplanten Umbau der gesamten Welt durch böswillige globale Eliten gegen die Interessen der Bevölkerung. Auch zum Klimawandel glaubt die AfD an Verschwörungserzählungen: Sie hält die eindeutige Forschungslage zur gefährlichen menschengemachten Erder-

»Statt erneuerbare Energien auszubauen, will die Partei alte und neue Atomkraftwerke betreiben und Geld in Kernenergieforschung investieren.«

hitzung für falsch und manipuliert und will daher keine Klimaschutzmaßnahmen. Ihre Vertreter*innen wie Andreas Reuter, Benjamin Nolte oder Markus Walbrunn sprechen gerne von einer „Klimahysterie“, „Klimapropaganda“ oder einer „Klimalüge“, AfD-Kandidat Thomas Baack teilt online Beiträge, die den Klimawandel bezweifeln und schreibt von „Ökofaschismus“. Selbst angesichts einer sich immer weiter erheizenden Erde behauptet die AfD in ihrem Land-

tagswahlprogramm „das Klima kann nicht von Deutschland oder Bayern aus verändert werden.“ Ein „politisches Machtkartell“ der demokratischen Parteien wolle vielmehr in Bayern eine „ökosozialistische Planwirtschaft“ errichten. Bestehende Klimaschutzmaßnahmen wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz will sie abschaffen und den Ausbau erneuerbarer Energien einschränken: Die 10-H-Regel für Windkraftanlagen, die den Ausbau in Bayern massiv verzögert hat, möchte sie beibehalten, die Vorgaben für den Bau neuer Sonnen- und Windkraftanlagen möchte sie „so großzügig wie möglich auslegen“, weil sie Windenergieanlagen für einen „verhängnisvollen Irrweg“ hält. Einen CO₂-Ausgleichsmechanismus möchte die AfD verhindern, ihr Kandidat Andreas Reuter fordert, die CO₂-Besteuerung abzuschaffen.

Verschwörungserzählungen als Grundlage für Politik?

Die Corona-Maßnahmen der Staatsregierung waren in den Augen der AfD „unverhältnismäßig“, sie stellt außerdem einen Zusammenhang zwischen Impfschäden und erhöhten Sterbezahlen her. Sie fordert, die Impfungen auszusetzen, die sie als „genbasierte mRNA-Injektionen“ bezeichnet. Die Partei ruft auch nach einem Ende der Masern-Impfpflicht. Gesundheitspolitik international vernetzt in Organisationen wie der WHO und der EU zu machen, lehnt die AfD selbst nach einer globalen Pandemie ab und knüpft damit bei Pande-



AfD-Kandidat Andreas Reuter und die AfD-Stadträte Daniel Stanke und Markus Walbrunn auf einer Demonstration der Münchner Pandemielegner*innenszene. Bild: firm

mielegner*innen an, zu deren Feindbild diese Organisationen zählen. „Gesundheitsschutz muss eine nationale Aufgabe bleiben und darf nicht der WHO und der EU überlassen werden“, so das AfD-Programm.

AfD-Vertreter*innen werben um die Stimmen der verschwörungsideologischen Pandemielegner*innenszene, die seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie auch in München aktiv ist. AfD-Funktionäre beteiligen sich an deren Aktionen, verbreiten deren Falschbehauptungen über die Infektionsschutzmaßnahmen und setzen sie in parlamentarische Initiativen um, zum Beispiel der Landtagskandidat Markus Walbrunn im Münchner Stadtrat. Sein Parteikollege Christoph Rättscher brüstet sich im Internet mit seiner Teilnahme an Aufzügen der Szene, auch andere Kandidat*innen wie Jitka Machyan, Markus Walbrunn und Benjamin Nolte liefen auf einschlägigen Demonstrationen gegen die Maßnahmen mit. Noch weiter geht die Einbindung in die Szene bei AfD-Kandidat Andreas Reuter: Er spricht in der Coronapandemie nicht nur von einer „Herrschaft des Unrechts“ sondern sitzt auch im Vorstand der Pandemielegner*innen-Organisation „Eltern stehen auf“ und ist unter anderem als Redner seit Beginn der Pandemie an Aktionen der Szene beteiligt. Im Netz verbreitet Reuter

Posts der Pandemielegner*innenszene, darunter solche, die zur Bestrafung der Verantwortlichen für die Infektionsschutzmaßnahmen wie Impfungen aufrufen und wirbt für die Teilnahme an einschlägigen Demonstrationen. Wie die Pandemielegner*innenszene, zu deren parlamentarischem Arm sich die AfD

»AfD-Vertreter*innen werben um die Stimmen der verschwörungsideologischen Pandemielegner*innenszene, die seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie auch in München aktiv ist.«

ab Mitte 2020 gemacht hat, fordert die Partei eine solche Abrechnung: „Eine juristische und wissenschaftliche Aufarbeitung der rechtswidrigen Politik ist dringend erforderlich!“ Seit dem Ende der Pandemie haben sich die verschwörungsideologischen Aktivist*innen von Gruppen wie „München steht auf“ neue Themen gesucht und treten etwa für russische Interessen im Krieg in der Ukraine ein.

Das tut auch die bayerische AfD und ruft nach Zugeständnissen an das autoritäre Putin-Regime, trotz dessen Überfall auf die Ukraine. Kandidat Christoph Rättscher teilte auf seinem Facebookprofil vier Monate nach dem Überfall 2022 Propagandavideos russischer Kampfjets und Hubschrauber.

Im Sinne extrem rechter Verschwörungserzählungen von einem angeblichen „Austausch“ der Bevölkerung durch Migration fordert die AfD „mehr bayerische Kinder statt Massenmigration“. Eine „Umvolkung“ sieht Parteifunktionär Bruno Fuchert in Deutschland durch Migration im Gange – eine nationalsozialistische Idee von der gezielten Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung. Der Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes München Ost und Landtagskandidat, Rene Dierkes, klagt, dass „die Zurückdrängung der europäischen Völker überall auf Hochtouren läuft“ und führt die rechte Verschwörungsgeschichte weiter aus: „Die Vertreter der Massenmigration wollen all jenes zerstören, um sich durch einen globalen Einheitsbrei effektivere Kontroll- und Machtausübungsmöglichkeiten zu verschaffen.“

Gegen Gleichstellung und Vielfalt

Eine Förderung von Menschen, die von sexistischer und/oder rassistischer Benachteiligung betroffen sind, lehnt die AfD ab: „Frauen- und Migrant*innenquoten sind inakzeptabel und abzuschaffen.“ Die antifeministische Ausrichtung der AfD wird deutlich, wenn sie sich etwa dagegen ausspricht, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen als Menschenrecht zu betrachten, wie es bei anderen Teilen der medizinischen Versorgung längst der Fall ist. In ihrem Programm spricht die AfD Bayern von Gleichberechtigung, eine Gleichstellung von



Andreas Reuter (links) und Christoph Rätcher (rechts) reden gegen eine Vorlesestunde von Dragqueens in Bogenhausen im Juni 2023 an. Bild: firm

Männern und Frauen ist ihr aber ein Graus, denn die sei „leistungsfeindlich, ungerecht“ und eine „verfassungswidrige Diskriminierung“. Gegenderte Sprache, die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt abbildet, will die AfD gleich ganz verbieten.

Die Münchner AfD macht Politik mit LGBTQI-Feindlichkeit. AfD-Stadtrat und Landtagskandidat Markus Walbrunn bezeichnet die Regenbogenfahne als „Totalitarismus der Gegenwart“ und „Symbol einer linksradikalen Ideologie“.

»Eine Förderung von Menschen, die von sexistischer und/oder rassistischer Benachteiligung betroffen sind, lehnt die AfD ab.«

eine Drag-Vorlesestunde in der Stadtbibliothek Bogenhausen am 13. Juni 2023 organisierte die AfD eine Kundgebung, die sie mit Plakaten bewarb, welche an NS-Propaganda erinnern. Das Motiv zeigt ein verängstigt in die Kamera blickendes Kind, an das sich aus dem dunklen Bildhintergrund eine geschminkte Person mit Bart anschleicht und bedrohlich nach ihr greift. AfD-Landtagskandidat Jurij

Kofner sprach auf der Bühne davon, Trans-Personen „Dämonen auszutreiben“, ihr Landtagsabgeordneter Jan Schiffers bezeichnete die Veranstaltung online als „Dreck“. Der Münchner AfD-Kandidat Christoph Rätcher beschimpfte die

Vorlesestunde als „abscheuliche Regenbogenveranstaltung“ und behauptete, Kinder seien durch sie „in Gefahr“, weil versucht werde „ihre Sexualität auf diese Art und Weise zu beeinflussen“. Er setzte nach mit der extrem rechten Verschwörungserzählung, dass eine vermeintliche „Genderideologie“ die „traditionelle Familie“ zerstören wolle. Mit diesen Bezügen zu angeblichem Kindesmissbrauch und einer vermeintlichen Abwehrsituation ‚begründen‘ rechte Akteur*innen gerne ihre LGBTQI-Feindlichkeit. Eine Familie besteht in den Augen der AfD „im Idealfall“ aus Vater, Mutter und Kindern, sie lehnt eine Gleichstellung von LGBTQI-Personen ab. Sie sieht sich als Kämpferin gegen „ideologisch motivierte Versuche, die traditionelle Familie zu diskreditieren“, will den „Kult um „Regenbogenfamilien“ eindämmen“ und gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption verbieten.

Antisemitische Töne

Neben der Agitation gegen queere Menschen, Migrant*innen, Geflüchtete und Muslim*innen ist in der AfD auch Antisemitismus sichtbar. So verwenden Vertreter*innen der Münchner AfD wie Stadtrat Markus Walbrunn die einschlägige Kategorie „Kulturmarxismus“. Das Wort bezieht sich auf den nationalsozialistischen Terminus „Kulturbolschewismus“, mit dem die Nationalsozialist*innen behaupteten, dass „die Juden“ hinter dem Kommunismus stünden. Walbrunns Parteikollege Thomas Baack benutzt in einem Online-Beitrag dann gleich das Original und bezeichnet einen Text als „kulturbolschewistischen Quatsch“.

»Neben der Agitation gegen queere Menschen, Migrant*innen, Geflüchtete und Muslim*innen ist in der AfD auch Antisemitismus sichtbar.«

Vorsitzende des Kreisverbandes München-Ost Rene Dierkes schreibt über den jüdischen Milliardär George Soros, dass „in den EU-Apparaten“ „von Soros auserwählte Vasallen“ säßen. Soros steht im Zentrum einer Unzahl antisemitischer Verschwörungserzählungen, die behaupten, dass reiche Juden wie er die Weltpolitik kontrollieren. AfD-Bezirkstagskandidat

und BA-Mitglied Bruno Fuchert veröffentlicht im März 2023 im Internet eine antisemitische Karikatur zur vermeintlichen Gehirnwäsche mit einer „deutschen Dauerschuld“ durch „politisch zwangsfinanzierte deutsche Staatssender“, die in nationalsozialistischer Manier einen Juden mit Hakennase zeigt.



Extrem rechte Burschenschafter posieren auf einer Kundgebung von AfD und Compact Magazin im Februar 2023 mit dem White-Power-Zeichen. Bild: firm

In guter Gesellschaft: Die AfD in rechten Netzwerken

Die bayerische AfD solidarisiert sich mit der Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA). Während andere Landesverbände sich zu ihr aufgrund ihres noch radikaleren Auftretens und ihrer Verbindungen zu anderen extrem rechten Gruppen wie der „Identitären Bewegung“ auf strategische Distanz begeben, treten bayerische Funktionär*innen offensiv mit der JA auf. So hielt etwa AfD-Kandidat Jurij Kofner eine Rede auf der Sommerakademie der JA im August 2023, seine Parteifreunde Markus Walbrunn und Benjamin Nolte stellten sich im Rahmen der LGBTQI-feindlichen Kampagne „Stolzmonat“, die unter anderem vom Kopf der „Identitären Bewegung“ ausgerufen wurde, mit einem Transparent der JA in die Münchner Innenstadt. Der AfD-Landtagsabgeordnete und -Kandidat Ulrich Henkel trat 2021 in Videos gemeinsam mit dem muslim*innenfeindlichen Aktivist Michael Stürzenberger auf. Beiträge von Vertreter*innen einer unverhohlenen extrem rechten Parteilinie wie der thüringische Landesvorsitzende Björn Höcke und sogar Personen, die aus der

Partei ausgeschlossen wurden, wie Andreas Kalbitz und Doris von Sayn-Wittgenstein, werden von Münchner AfDler*innen geteilt. Im Rahmen des Wahlkampfinales in Peissenberg im September 2023 plant AfD-Kandidat Benjamin Nolte einen gemeinsamen Auftritt mit Höcke.

Auf den Versammlungen der Pandemielegner*innen-szene marschier(t)en AfD-Funktionär*innen ebenso Seite an Seite mit rechten Burschenschäftern und Verschwörungsideolog*innen. Die Nähe der AfD zu anderen extrem rechten und verschwörungsideologischen Akteur*innen ist ebenfalls auffällig. AfD-Funktionär Jurij Kofner war als Kandidat Gast in der Sendung des extrem rechten Schweizer Aktivisten Ignaz Bearth und sprach davon, dass Deutschland besetzt und nicht souverän sei, wie es Reichsbürger*innen tun. Rene Dierkes nahm im Juli 2022 an einem Vortrag der extrem rechten Burschenschaft Danubia teil, Bezirkstagskandidat Benjamin Nolte ist dort als sogenannter „Alter Herr“ sogar selbst Mitglied.

Die Materialien ihrer Kampagne gegen die Infektionsschutzmaßnahmen „Gesund ohne Zwang“ werden dort bis heute gezeigt. Kandidat*innen wie Jitka Machyan und Rene Dierkes verbreiten online Beiträge extrem rechter Platt-

»Auf den Versammlungen der Pandemielegner*innenszene marschier(t)en AfD-Funktionär*innen ebenso Seite an Seite mit rechten Burschenschäftern und Verschwörungsideolog*innen.«

formen wie Journalistenwatch, Unser Mitteleuropa, Compact oder PI-News. Auf solchen Seiten wird AfD-Werbung gezeigt, diese wiederum geben Inhalte der Partei wie Reden ihrer Funktionär*innen an ihr Publikum weiter. Im Februar 2023 hielt die AfD gemeinsam mit Compact News, der größten deutschsprachigen extrem rechten Verschwörungsplattform eine Kundgebung auf

dem Karl-Stützel-Platz ab. Die Reden der AfD-Funktionär*innen wie Benjamin Nolte, der sich gegen die Unterstützung für die Ukraine, das rechte Feindbild eines angeblichen „Globalismus“ und die vermeintliche „Corona-Diktatur“ ereiferte, waren ganz auf einer Linie mit Compact-Chefredakteur Jürgen Elsäßer. In ihrer Sprache zeigt die AfD ebenfalls ihre Nähe zu anderen Teilen der extremen Rechten: Rene Dierkes bezeichnet Gegendemonstrant*innen etwa als „linke Zecken“, „ungewaschen“, „Ausgeburten der Hölle“, „Mischpoke“ und „rote Ratten“, die man „in ihre Löcher vertreiben werde“ – Ausdrücke wie sie Neonazis verwenden. Im August 2023 setzte er ein Kopfgeld für Informationen zu einer Gegendemonstrantin aus, die gegen einen AfD-Infostand protestiert hatte. Journalist*innen geht die AfD ebenfalls immer wieder an. Sie spricht ih-

nen oft die professionelle Neutralität ab und beschimpft sie als „linksextrem“. Markus Walbrunn behauptete im Mai 2023 etwa, dass die großen deutschen Medien nicht neutral berichteten, sondern „Politaktivisten“ seien, die das Ziel hätten „eine linksliberale grüne Ideologie durchzudrücken“. Im Juni sprach er von einem „linksextremen Geist“, der sich in der ARD „eingenistet“ habe. Diese Agitation gegen Journalist*innen und die Bekämpfung politischer Gegner*innen hat in der AfD hohen Stellenwert – genau wie in anderen Teilen der extremen Rechten.

Die AfD betreibt Wahlkampf mit Rassismus, Ausgrenzung und Verschwörungserzählungen. Sie macht Stimmung gegen alle, die sie zum Feindbild erklärt hat: Geflüchtete, Migrant*innen, Muslim*innen, politische Gegner*innen, Journalist*innen, LGBTQI-Personen. Auf wichtige politische Fragen wie den Umgang mit dem Klimawandel hat sie keine Antworten und will sogar Maßnahmen gegen die Erderhitzung verhindern und wieder einstellen. In ihren Positionen, ihrer politischen Themenwahl, ihren Kooperationen und ihren Versammlungen zeigt die AfD, dass sie Teil extrem rechter Netzwerke ist, die weit über die Partei hinausgehen und strategisch zusammenarbeiten, um die Bundesrepublik langfristig in ihrem Sinn zu verändern.